



„Wir werden angegriffen“, sagt Art Cullen, Chefredakteur der Storm Lake Times, einer kleinen Regionalzeitung in Iowa. Für seine Recherchen über die Verquickung von Agrarlobby und Verwaltung hat er den Pulitzer-Preis bekommen. BILGER (6)

Die Unbeirrbaren

Donald Trump wird nicht müde, Medien als Verbreiter von „Fake News“ zu diffamieren. Die Folgen bekommen selbst die kleinsten Redaktionen zu spüren. Andererseits belegen aktuelle Studien: Das Vertrauen der Amerikaner in ihre Lokalzeitungen wächst
Von Oliver Bilger

Storm Lake ist ein kleines Nest im Nordwesten Iowas. Knapp 10 000 Einwohner. Eine kleine Hochschule. Ein See, dem das Städtchen seinen Namen verdankt. Storm Lake ist kein Ort, an dem man großen Journalismus erwarten würde.

In einem schmucklosen, mit Wellblech verkleideten Bau an der Railroad Street steht ein Dutzend Schreibtische. Das ist der Newsroom. Die Mitarbeiter, überwiegend Mitglieder der Cullen-Familie, bringen jeden Mittwoch und Freitag eine Lokalzeitung heraus: die „Storm Lake Times“. Art Cullen, der Chefredakteur, der mit seinem Schnauzer und dem grauen Haar an Mark Twain erinnert, hat das Blatt 1990 mit seinem Bruder John gegründet. Die Auflage der „Times“ beträgt 3000 Exemplare. Und ihre Wirkung reicht weit über Storm Lake hinaus.

Die Zeitung befasst sich regelmäßig mit agrarwirtschaftlichen Themen. Land-

wirtschaft ist hier im ländlich geprägten Mittleren Westen ein bedeutender Wirtschaftszweig. Und trotzdem hat Cullen keine Angst, sich mit den Mächtigen anzulegen. Weil er aufdeckte, dass Agrarkonzerne die Verteidigung des Landkreises bezahlten, als dieser wegen Trinkwasserverschmutzung angeklagt war, erhielt der 61-Jährige im vorigen Jahr den Pulitzer-Preis, die höchste Ehre im US-amerikanischen Journalismus. Und der hat in diesen Tagen nicht nur mit sinkenden Auflagen zu kämpfen, sondern vor allem mit Donald Trump.

Der Präsident bezeichnet kritische Medien als „Feinde des amerikanischen Volkes“. Journalisten stehen unter Twitter-Dauerbeschuss. Soziale Medien, behauptet Trump, seien für ihn der einzige Weg, um die „sehr unehrlichen und unfairen Medien zu bekämpfen“. Ein Großteil der Wut in der Gesellschaft, twitterte

Trump nach den Briefbomben der vergangenen Woche, werde „verursacht durch absichtlich falsche und ungenaue Berichterstattung der Mainstream-Medien, die ich als Fake News bezeichne“. Üblicherweise richtet sich Trumps Wut gegen die Großen im Medienbetrieb, wie die „New York Times“ oder die „Washington Post“. Unter dem Radar des Präsidenten aber erscheinen, vom Süden Floridas bis in den fernen Westen Alaskas 7112 Tages- und Wochenzeitungen. Wie erleben die Journalisten im Kernland Trumps Attacken?

Art Cullen sagt: „Wir werden angegriffen.“ Nicht von Trump, sondern von Abgeordneten im republikanisch-regierten Iowa, die ihn als „Lieferanten von Fake News“ bezeichnen und aufgrund seiner kritischen Berichte nicht mehr mit ihm sprechen wollen. „Sie wenden Trumps Taktik auf lokaler Ebene an“, kritisiert der Chefredakteur.

Ortswechsel: Columbia in Missouri, eine Universitätsstadt mit 120 000 Einwohnern. Vor einem Jahr hat Charles L. Westmoreland, ein bulliger Typ mit Glatze und schmaler Brille, hier seinen Job als Chefredakteur der Lokalzeitung angetreten: der „Columbia Daily Tribune“, mit 15 Mitarbeitern und 15 000 Abonnenten. Aus seinem kleinen, etwas düsteren Büro heraus bringt er Licht in die politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Angelegenheiten am Ort.

Sobald jemandem nicht gefalle, was in der Zeitung steht, etwas nicht ins eigene Bild passt oder etwas einfach nicht wahr sein soll, werde der Vorwurf Fake News geäußert, sagt er. Der Präsident ist das Vorbild, dem andere, oftmals republikanische Politiker, nacheifern.

Lokalzeitungen decken Missstände vor Ort auf – und kontrollieren den Staat wie keine andere Institution

Mit seinem Verhalten legitimiert Trump andere, sich ebenso zu verhalten. So sickert die Wortwahl Fake News wie auch die sogenannten alternativen Fakten oder Verschwörungstheorien aus dem Weißen Haus in alle Schichten des Landes.

Westmoreland nennt ein Beispiel: Immer wieder kursierte in Columbia das Gerücht, die Stadtverwaltung verstecke 300 Millionen Dollar auf einem Schweizer Bankkonto. Die „Tribune“ prüfte und berichtete: Die Stadt hat einen Reservefonds von 300 Millionen Dollar, um Bedienstete



Charles L. Westmoreland sieht „Fake News“ als Gefahr für die Demokratie.

des „watchdog journalism“, der Journalist als Wachhund, der Demokratie und Freiheit verteidigt.

Die Relevanz der Lokalmedien zeigt sich in diesen Tagen besonders, da Amerika aufgerufen ist, bei den Zwischenwahlen über Gouverneure, Abgeordnete der Bundesstaaten oder Bürgermeister zu entscheiden. Allerdings erleben die USA eine Informationskrise. Seit Jahren kämpfen die Redaktionen mit wegbrechenden Anzeigenerlösen, schrumpfenden Auflagen und Entlassungen.

Fast 1800 Lokalzeitungen mussten in den vergangenen 15 Jahren schließen, wie eine Studie der University of North Carolina belegt. Sie warnt vor wachsenden Nachrichtenwüsten: In 171 Landkreisen erscheint heute keine Zeitung oder ein anderes Lokalmedium mehr. In fast der Hälfte aller Counties fehle die Wahl zwischen unterschiedlichen Titeln. Viele können aufgrund von Sparzwängen nicht mehr umfassend über ihr Verbreitungsgebiet berichten.

In Landkreisen mit schrumpfender Zeitungsdichte muss sich zudem die öffentliche Verwaltung stärker verschulden, das haben amerikanische Ökonomen ermittelt: Wo der Lokaljournalismus seine Kontrollfunktion nicht mehr wahrnehmen kann, steigt die Zahl des Verwaltungspersonals und ihrer Gehälter – und somit auch die Steuerlast je Einwohner.

Die Probleme in der Vergangenheit sind freilich nicht allein auf Trump zurückzuführen, aber: „Der Präsident hat verstärkt, was es schon seit vielen Jahren gibt“, sagt Gordon Russel, Managing Editor beim „Advocate“ in der quirligen Großstadt New Orleans in Louisiana. Gemeinsam mit der Ausgabe in der Hauptstadt Baton Rouge kommt das Blatt auf eine Auflage von knapp 100 000. Trump sei nicht der erste Republikaner mit einem schwierigen Verhältnis zur Presse. Auch George W. Bush „war kein großer Fan der Medien“, erinnert sich Russel, „aber er zog nicht in einen Krieg gegen die Medien“.

Die braucht Blätter wie die „Tribune“ oder die „Times“ in Storm Lake. Seit den Gründungstagen der USA haben Zeitungen in den Gemeinden die Identität gefördert, den sozialen Zusammenhalt und politischen Aktivismus. Sie bestimmten die Agenda für Debatten, beeinflussten politische Entscheidungen und schufen Vertrauen in Institutionen. Oftmals waren sie die wichtigste, wenn nicht sogar einzige Quelle für umfassende Nachrichten aus der Heimat.

Traditionell sind sie Vorreiter und Vorbild bei Pressefreiheit und Zugang zu Informationen. Lokalzeitungen informieren und decken Missstände vor Ort auf, wie den Immobilienbetrug in der Nachbarschaft oder den Korruptionsskandal der örtlichen Verwaltung. Sie kontrollieren die Mächtigen, wie keine andere Institution im Staat es kann. Die englische Sprache beschreibt dies mit der schönen Wendung

„Press Freedom Tracker“ solche Gefahren in den USA auf: Angriffe auf Reporter (40 bis Ende Oktober), getötete Journalisten (5), Festnahmen (7) und gerichtliche Vorladungen (19). Fünf Menschen starben, als im Juni ein Mann in der Stadt Annapolis in Maryland mit einer Flinte auf die Mitarbeiter einer Lokalredaktion schoss. Im August gingen beim „Boston Globe“ Morddrohungen ein. Die Heimat wird zum Krisengebiet.

Ob Demokrat oder Republikaner: 73 Prozent der Amerikaner haben Vertrauen in die Lokalzeitungen

Trumps Angriffe erhöhen das Risiko für Reporter, Opfer von Gewalt oder zumindest das Ziel von Drohungen zu werden, warnten schon vor Wochen die Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission: „Seine Attacken sind strategisch, sollen das Vertrauen in die Berichterstattung untergraben und Zweifel an überprüfbareren Fakten schüren.“ Die USA hätten wie alle Staaten die Verpflichtung, die Pressefreiheit zu respektieren.

In einer Studie der Knight-Foundation, einer Non-Profit-Organisation in Miami, die sich für Qualitätsjournalismus einsetzt, beklagen Experten, dass der sogenannte Freedom of Information Act – so heißt ein Gesetz zur Informationsfreiheit, das jedem den Zugang zu Dokumenten staatlicher Stellen und damit mehr Transparenz ermöglichen soll – schon seit Jahren torpediert wird. Sie fürchteten, dass es unter Trump weitere Einschränkungen geben wird. Vor allem Lokalpolitiker und Behörden könnten dem angeblichen „Feind“ häufiger die Auskunft verweigern. Jeder zweite Chefredakteur, so das Ergebnis einer weiteren Knight-Untersuchung,

rechnet damit, dass Redaktionen künftig immer weniger in der Lage sind, ihre Auskunftsrechte vor Gericht zu erstreiten. Viele scheuten wegen ökonomischer Zwänge die Gerichtskosten.

Doch gibt es jüngst eine positive Entwicklung. Zuletzt hatten Medien, wie viele Institutionen in den USA, mit dem Vertrauensverlust in der Gesellschaft zu kämpfen. Jetzt steigt es erstmals wieder. 73 Prozent der Amerikaner, unabhängig von ihren politischen Präferenzen, halten Lokalzeitungen für vertrauenswürdig. Das belegt eine Studie des renommierten Poynter-Instituts. Das Ergebnis der Studie lasse darauf schließen, dass „die Versuche des Präsidenten, die Medien zu diskreditieren, weniger Wirkung haben“, schreibt die Forschungseinrichtung aus Florida. Eine andere Studie des Pew-Forschungszentrums bestätigt den Trend: Dort geben 82 Prozent an, den Heimatmedien Vertrauen entgegenzubringen. Zum Vergleich: In Deutschland liegt das Vertrauen in die Lokalzeitung in einer PWC-Studie bei 67 Prozent.

Beachtenswert ist darüber hinaus das Rollenverständnis, das Parteianhänger Journalisten entgegenbringen: 82 Prozent der Demokraten begrüßen die Kontrollfunktion der Medien und meinen, dass kritische Berichterstattung Politiker von bestimmten Verhalten abhalten kann. Bei den Republikanern glauben das nur 38 Prozent – die Mehrheit von ihnen ist der Meinung, kritische Medien störten Politiker bei ihrer Arbeit.

Westmoreland erwartet deshalb nicht, dass sich in seinem Land schnell Grundlegendes ändern kann, selbst unter einem anderen Präsidenten nicht. „Ich denke, die Menschen müssen wieder lernen, zivilisiert miteinander umzugehen.“ Journalismus sei heute wichtiger als je zuvor, sagt Westmoreland. „Es gibt so viele Informationen“, alles sei mit wenigen Klicks oder Suchbegriffen zu finden, „aber die Frage ist, ob man dem auch ohne weiteres glauben kann.“

Journalisten hätten zu oft versucht, als erster eine Information zu haben, meint der Chefredakteur. Für ihn sei es nicht mehr wichtig, der Erste zu sein. Er will die beste Geschichte haben – die richtigen Fakten inklusive. Und falls ein Journalist in diesen Tagen nach dem Sinn seiner Arbeit frage, erwidert Westmoreland: Der Kampf gegen Desinformationen gebe ihnen „auf jeden Fall eine Bestimmung“.

Art Cullen, der Chef der „Storm Lake Times“, spricht von einer „goldenen Stunde für den Journalismus“. Eines stimmt ihn zuversichtlich: Nirgendwo auf der Welt sei die Pressefreiheit so fest in der Verfassung verankert wie in den USA, sagt er, „und das macht mir Hoffnung, dass wir diese Regierung überleben“.

Die Recherche wurde unterstützt durch ein Kellen-Fellowship des American Council on Germany.



Findet die Medienhetze „frustrierend“: Gordon Russel vom „Advocate“.